

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Albstadt

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn in der Woche vom 1. bis 7. September 800 000.— M., unter Streifenband für Deutschland die Nummer 200 000.— M., Einzelnummer 150 000.— M.

Druckerei: Wettinerplatz 10. Tel. 28281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 28281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Ugeblatt, Nonpareilgröße 200 000.— M., auswärts 240 000.— M., die 8spalt. Nr. 100 000.— M., ausm. 1000 000.— M., ausm. 800 000 u. 2 400 000 M. Bei mehrmal. Aufg. Ermäßig. Familienangeh. Stellen u. Mietgesch. 40 Proz. Red. für Brieflieferant. 40 000 M.

Nr. 205

Dresden, Montag den 3. September 1923

34. Jahrg.

## Italiens Kriegspolitik

### Die Wegnahme Korfu

Wie aus Athen gemeldet wird, wurde Korfu von den Italienern besetzt, nachdem die Stadt ohne vorherige Ausrufung während einer halben Stunde bombardiert worden war. Durch das Bombardement der italienischen Kriegsschiffe wurden 15 Personen getötet. Die Granaten zerstörten ein Gebäude, das früher als Kasino der englischen Polizei gebildet hatte und jetzt Büchlinge beherbergte. Die Besetzung der offenen Stadt Korfu wird von der italienischen Regierung damit begründet, daß der Forderung nach Erfüllung der weichen Forderungen auf dem Fest nicht nachgegeben ist. In einer Proklamation wird kundgemacht, daß man die Insel als „Sanktion“ besetzt, um ein Pfand in der Hand zu haben, damit man die griechische Regierung zur Erfüllung der Reparationsforderungen zwingen könne. Mussolini lernte von Voincaré.

Weitere Besetzungen. Die römische Presse meldet, daß bereits weitere Besetzungen erfolgt sind. Nicht nur Korfu, sondern auch einige kleinere Inseln Griechenlands seien besetzt worden, jedoch sei Samos nicht darunter. So nehmen die kriegerischen Aktionen ihren unheilvollen Fortgang.

### Das Bombardement ist „friedlich“

Mussolini fandte an die Regierungen aller Länder ein Telegramm, in dem es heißt: „Durch diese Maßnahme bedrohliche Italien in seiner Weise einen kriegerischen Akt. Es will lediglich sein Prestige wahren und seinen unbedingten Willen kundtun, die Reparationen zu erhalten, die ihm Griechenland nach den Grundsätzen des Völkerrechts schuldet. Die italienische Regierung hofft, daß Griechenland nicht durch eine unbedingte Sanktion der friedlichen Charakter unserer Maßnahmen ändert. Unsere Maßnahmen schließen in keiner Weise diejenigen Sanktionen aus, die die Völkerrechtskonferenz dafür beschließen wird, daß die von ihr mit der Besetzung der albanischen Grenze beauftragte Militärkommission in Griechenland ermordet wurde.“

Wfo Besetzung, Blutergießen, Besetzung der Insel — alles ist „friedlich“. Nur wenn sich die Leberfalle wehrt, dann bezieht er etwas — „Kriegsgeld“. Das ist die Moral des Imperialismus.

### Neues Ultimatum Mussolinis

Athen, 1. September. Der italienische Gesandte teilte dem griechischen Außenminister mit, daß die griechische Antwort von der italienischen Regierung als ungenügend bezeichnet worden sei und daß die italienische Regierung der griechischen fünf Stunden Zeit gebe, eine neue Antwort abzugeben. Später begab sich der italienische Gesandte von neuem in das Außenministerium, wo er eine neue rote Überbrichte, nachdem die Besetzung von Korfu durch italienische Truppen nachmittags 4 Uhr angezeigt wurde.

### Englands Vermittlungspolitik

Die englische Regierung ist stark bemüht, den italienisch-griechischen Konflikt durch den Völkerbund regeln zu lassen. Sie hat bereits entsprechende Schritte unternommen, gleichzeitig aber auch einen Teil ihrer Flotte in die griechischen Gewässer entsandt, um im Eventualfall zur Verteidigung eigener Interessen eingreifen zu können. Italien ist einer Regelung des Konfliktes vor dem Völkerbund vorläufig noch abgeneigt. Mussolini scheint sogar die Absicht zu haben, jeden Interventionsversuch abzulehnen. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß die jetzt von einem Teil der italienischen Presse offen ausgesprochene Absicht auf Annexion Korfus gelingen dürfte. Unter diesen Umständen ist die Laute nicht von der Hand zu weisen, daß Italien zur Stärkung seiner Position versuchen wird, durch Zugeständnisse in der Reparationsfrage die französische Regierung auf seine Seite zu spielen. Inwiefern das gelingt, muß vorläufig abgewartet werden.

### Der Völkerbund versagt

Nach Meldungen aus Athen hat die griechische Regierung dem Sekretariat des Völkerbundes, dessen Rat am Sonnabend zusammentritt, die telegraphische Bitte unterbreitet, nach Artikel 12 des Völkerbundespatentes zu intervenieren. Nach Genfer Meldungen hat sich der Völkerbund damit befaßt, jedoch keinen Beschluß über seine Zuständigkeit fassen können. England und Schweden waren für Zuständigkeit, Frankreich und die anderen enthalten sich der Meinung. Man beschloß — Vertagung der Frage.

Lord Curzon, der englische Außenminister, ist schleunigst nach Paris gefahren und hat mit Voincaré über den Konflikt und über die Klagefrage verhandelt. Ergebnis unbekannt.

## Erdbebenkatastrophe in Japan

Reuter meldet aus Osaka, daß am Sonnabend in Japan ein schweres Erdbeben von sechs Minuten Dauer wahrgenommen wurde. Alle Uhren blieben stehen. Die Telephonlinie Kōtsu-Osaka ist zerbrochen. Ein zweiter Stoß wurde um 2 Uhr 28 Minuten nachmittags föhlt. Unübersehbarer Schaden wurde in Tokio, Yokohama und Yokosuka angerichtet.

Assoziiertes Press meldet aus Yokohama, fast die ganze Stadt liege in Flammen, und viele Menschen seien dem Brande zum Opfer gefallen. — Ein weiterer Stoß wurde nach soll Yokohama infolge des Erdbebens fast gänzlich vernichtet sein.

Aus späteren Telegrammen geht folgendes hervor: Das Erdbeben war besonders heftig in der Nachbarschaft des Fujiyama, des Riesenberges. Heber Tokio sind zugleich alle in der Nähe niedergegangen. Die Stadt wurde von wiederholten Stößen heimgesucht. Nach einer dreißigminütigen Welle lieh Tokio in Flammen. Zahlreiche Gebäude sind eingestürzt. Die Wasserleitungen sind zerbrochen, die Eisenbahnlinien sind in einem Ausmaß von hundert Meilen in Unordnung. Mehrere Flüsse, die auf der Fahrt nach Tokio waren, sind durch das Erdbeben gerastet worden. In Tokio soll der kaiserliche Palast in Flammen stehen. Yokohama soll von einer Sturmflut heimgesucht worden sein.

## Die Verständigungspolitik

Unter dem Motto: Ein offenes Wort schreibt und der Sozialdemokratische Parlamentarismus folgende Ausführungen, die man zur Kenntnis und Beurteilung der Politik der neuen Regierung nicht übergehen kann.

Das Ziel der Verständigung wird gegenwärtig nicht nur von der deutschen Sozialdemokratie verfolgt, sondern ist auch von der Reichsregierung zu einem Programm der von ihr zu treibenden Politik gemacht worden. Besser konnte der Volkswille nicht Rechnung getragen werden! Die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht nichts sehnlicher als eine Erledigung der bestehenden Konflikte, weil sie davon überzeugt ist, daß wir ohne Verständigung nie wieder lebensfähig werden. Im Laufe der letzten Jahre ist sie darüber aufgeklärt worden, daß zum Wiederaufbau vor allen Dingen ein wahrer Friede notwendig ist.

Nur ein ganz winziger Teil unserer Bevölkerung schreit auf eine Politik des ewigen Hasses gegenüber Frankreich, um damit gleichzeitig parteipolitische Ziele im Innern zu verwirklichen! So wünschen z. B. unsere Deutschnationalen die Fortsetzung des Ruhrkonfliktes unter allen Umständen, sie wollen nicht mehr und nicht weniger als das Chaos, weil sie in der Einbildung leben, daß sie nur nach vollkommener Vernichtung der Volksgemeinschaft die verschwundene Monarchie wieder aufbauen können. Ihre Gedanken kreuzen sich also mit den Gedankenfragen unserer Moskowiter. In Worten wollen beide unser Volk vor dem Untergang retten, während sie in Wirklichkeit zunächst nichts Sehnsüchtigeres wünschen als den Zerfall des Reiches und die endgültige Katastrophe, die durch eine rücksichtslose Fortsetzung des Ruhrkampfes dem Besten Deutschlands ihren Ausgang nehmen soll. Mit Entschiedenheit wird deshalb heute jede Regierung, die nach Verständigung trachtet, bekämpft und jeder vernünftige Mensch, der einer Lösung des Ruhrkonfliktes dienen könnte, wird als Landesverrat gegenüber dem Volke und als Völkerverrat gegenüber der Abwehrfront bezeichnet.

Leider finden die Gegner einer Verständigungspolitik in unserm Volke zeitweise unerfahrene Unterstützung. Als wir in diesen Tagen darauf verwiesen, daß die von dem Reich ausgehenden Richtlinien über die Möglichkeit einer Verständigung des Ruhrkonfliktes Zustimmung bei den Abwehrschüffeln der besetzten Gebiete, als einzig ordnungsmäßige Vertretung der im Abwehrkampf stehenden Volksmassen, gefunden hat, verurteilten uns einige große bürgerliche gemäßigtere Zeitungen einer Handlungsweise zu beschuldigen, die uns nicht nur ferngelegen hat, sondern die wir bisher auch nicht haben bekämpft. Wir haben bis jetzt aus bestimmten Gründen die unbedingten Vorwürfe über uns ergehen lassen. Aber es scheint jetzt doch notwendig, erneut festzustellen, daß die in der letzten Woche in Berlin verammelten Abwehrschüffeln aus den besetzten Gebieten mit Nachdruck von der Reichsregierung eine Politik der Verständigung ge-

fordert haben. Die Abwehrschüffeln sind in Uebereinstimmung mit der Ruhrbevölkerung bereit zu einem vernünftigen Kompromiß und zur Verzichtleistung auf den passiven Widerstand,

so bald sich Frankreich durch eine Formulierung bereit erklärt, die Ausgewiesenen zurückzulassen, die Gefangenen freizugeben und allgemeine Sicherheiten für Leben und Existenz der Bevölkerung zu bieten. Wir bedauern nur, daß es möglich sein konnte, an diese Auffassung Marmartikel zu knüpfen, obwohl sich jeder abwägende Politiker sagen sollte, was die innere Lage Deutschlands erfordert. Deshalb muß einmal klar ausgesprochen werden, daß nicht die Kritiker in der Stille darüber zu bestimmen haben, wann und wie der Ruhrkampf abgebrochen wird, sondern nur diejenigen, die jetzt seit fast neun Monaten den Kampf an der Ruhr führen. Vertreter dieser Volksmassen haben in Berlin gesprochen und

die Reichsregierung hat in Uebereinstimmung mit ihnen bestimmte Schritte unternommen, die auf eine Verständigung hinführen.

Eigentlich wäre es Pflicht der Reichsregierung gewesen, das vor aller Öffentlichkeit in einer Form festzustellen, die der Sache angepaßt war. Jedenfalls hätte das zur Verabfolgung gewisser angeregter Geister mehr gedient als jene zweideutigen Dementis, die inzwischen durch den neuen Presseschef das Licht der Welt erblickten.

Die Regierung als verantwortliche Instanz für die Politik des Reiches muß den Mut haben, früh genug das zu sagen, was aus innerpolitischen Gründen notwendig ist. Sie muß sich gleichzeitig aber auch der innerpolitischen Gefahren bewusst sein, die jetzt bereits wieder aufstehen und durch falsche Angaben über die Beilegung des Ruhrkonfliktes. Von vorn herein ist eine neue Dolchstoßlegende unmöglich zu machen, nicht nur weil diese Legende neuen Haß im Volke erweckt, sondern vor allem, weil sie auf Zug und Trug aufgebaut ist. Es ist erfreulich, daß der Reichsinnenminister Soliman den Verrätern am Volk in einem Interview gegenüber einem Vertreter des Sozialdemokratischen Parteimentalitäten bereits den entschiedenen Kampf angelegt hat. Dieser Kampf ist notwendig, er muß geführt werden mit Unterstützung der Mehrheit des Volkes, die für eine Verständigung ist. Diese Verständigung hat nichts mit Kapitulation gemein. In Wirklichkeit wünschen diejenigen eine Kapitulation, die andre des Dolchstoßes bezüchtigen. Am wenigsten denkt die Sozialdemokratie daran, einer Kapitulation auch nur das Wort zu reden. Sie hat von jeder Kapitulation getrieben und sie läßt sich bei ihrer gegenwärtigen Einstellung zum Ruhrkonflikt genau so von der Vernunft leiten wie das Kabinett Stresemann. Zug und Trug aber müssen dieser Vernunft weichen, gegebenenfalls auch mit Gewalt!

## Stresemanns Notrufe

Der Reichskanzler fordert Opfer von den Besitzenden, Ueberarbeit von den Arbeitern, Staatsgefinnung von den Beamten — Ins Zuchthaus mit den Steuerabteuren! — Heraus die Devisen!

Reichskanzler Stresemann ist am Sonntag in Stuttgart gewesen und hat dort in einer Zusammenkunft von Vertretern der württembergischen Regierung, des Handels, der Industrie, der Unternehmer- und Arbeiterverbände eine Rede gehalten und innerpolitischen Lage gehalten, die noch einmal den Ausbruch der neuen Reichsregierung darlegte und auf einen sehr ersten Ton gestimmte war. Stresemann sagte u. a.: Diejenigen, die da glauben, aufbauen zu können auf dem ihnen selbst konstruierten Sockel aus zwischen Süd und Nord und die in dieser Zeit kühnsten Erbes an Verfassungskämpfe oder innerpolitische Kämpfe denken, liegen den Verbrechen an der Nation, Rhein und Ruhr sind abgeschafft. Es gibt einen Weg zu finden, der uns ins Freie führt. Die Alliierten verlangen von uns Garantien tatsächlicher deutscher Leistungen. Wir sind bereit, auf den Boden der Ehrlichkeit produktiver Widerstand zu treten. Reichsbesitz und Privatbesitz sind die Pfänder, die wir dargeboten haben. Zu unsern Leistungen brauchen wir ein Material und eine internationale Anleihe, für die die deutschen produktiven Pfänder lassen. Ein in seiner Souveränität wiederhergestelltes Deutschland, im Besitze seiner wirtschaftlichen Mittelkräfte, die es in dem angebotenen Maße zu Reparationsverpflichtungen zur Verfügung stellt, würde bei Adaption dieser Grundzüge wohl in der Lage sein, die Garantien der Hinterpflichten zu übernehmen, auf die sich alsdann eine Weltanleihe für den europäischen Frieden aufbauen könnte. Zur französischen Forderung der Sicherheiten am Rhein ist zu sagen, daß wenn die am Rhein interessierten Staaten sich bereinigen sollen, um die Ueberrückzeit des gegenwärtigen Gebietszustandes auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland werde für die Durchführung einer solchen Forderung die bester größte Friedenssicherheit bieten.

Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet. Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und an Rhein steht sich nach der Stunde, in der dieses blühende deutsche Land der eigenen regen wirtschaftlichen Tätigkeit wiedergegeben wird. Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf der Grundlage dieser deutschen produktiven Standleistung die Lösung des Konfliktes möglich ist, die der Sinn unserer passiven Widerstandes war. Denn dieser war niemals Uebermut oder

Selbstvertrauen, sondern er sollte nur dazu dienen, uns den Zustand der Freiheit des Ruhrgebietes wieder zu verhüten. Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutschen Lebens irgendjemand gegenüber freizugeben.

Innerpolitisch sind wir in einen Zustand heftiger finanzieller Bedrängnis, in einen Zustand höchster wirtschaftlicher Not hineingeraten. Unser Etat balanciert nicht, unsere Kassen sind in wenigen Monaten von 600 Millionen Goldmark auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen. Ein Deutschland ohne Rhein und Ruhr ist nicht lebensfähig, ein Deutschland ohne Verfassung über Ruhr und Rhein ist außerstande, irgendwelche Reparationsleistungen zu vollbringen.

Zur innerpolitischen Befundung brauchen wir eine Wehrpflicht des Volkes, aber auch eine Wehrpflicht der Arbeit und eine Wehrpflicht des Beamtenstandes gegenüber dem Reiche und gegenüber dem Staate. Der Wehrpflicht muß ganz andre Opfer bringen, als bisher. Wir brauchen auch die Lust und Liebe zur Arbeit. Wir brauchen da, wo lebhafte wichtige Vorkommnisse des Staates vorliegen, auch die Ueberarbeit für das allgemeine Wohl. Wenn wir über den größten Teil des besetzten Gebietes nicht mehr verfügen, wenn die Kohlenproduktion sich unter Kontrolle vollzieht, dann müssen wir ebenfalls im unbesetzten Gebiet das letzte herausholen und zur Verfügung des Staates stellen. Drittens aber ist notwendig die Eingabe des Beamtenstandes an den Staat. Da wo es technisch und materiell nicht möglich ist, wolkernweise Rechte aufrechtzuerhalten, weil sonst das Gefüge der Wahrung in Unordnung kommt, ist es nötig, daß in erster Linie dem Staate und dem Reiche die anderen Notwendigkeiten untergeordnet werden. Wir lassen mit der Staatsanleihe nicht schuldlos treiben! Wir werden die Staatsanleihe durchsetzen gegenüber jedem, der da glaubt, sich über die Mittel setzen zu können.

Der Staat wird nicht repräsentiert durch die Parteien oder durch die parteipolitische Einstellung dieses oder jenes Kabinetts. Man bewilligt die Steuern nicht einem Kabinetts, man bewilligt sie dem Staate, man bewilligt sie dem Reiche, damit das Reich bestehen kann. Wer in dieser schweren Zeit Steuern sabotiert oder gar dazu ansetzt, gerät nach unserer Meinung hinter Schloß und Riegel. Wir wollen jetzt ein wertvolles beständiges Geld schaffen, die Goldmark. Dann